



Empfehlungen des Landesausschusses für Berufsbildung Rheinland-Pfalz an die Landesregierung zur Ausbildungssituation im Kontext der Corona-Pandemie

Zur aktuellen Situation

Die Corona-Krise und ihre Auswirkungen beeinflussen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Rheinland-Pfalz deutlich und nachhaltig. Viele Unternehmen in Handwerk, Handel und Industrie, im Gastgewerbe und in vielen anderen Branchen verzeichnen Umsatz- und Gewinneinbrüche, kämpfen um ihre Existenz und blicken mit großer Sorge in ihre Zukunft. Diese Situation hat sich auch auf den Ausbildungsmarkt ausgewirkt. Bedingt durch den Lock-Down wurden einige Vertragsabschlüsse zeitlich verschoben, Jugendliche konnten nur sehr eingeschränkt an Berufsorientierungsmaßnahmen und Vermittlungsaktionen der Bundesagentur für Arbeit und der Kammern teilnehmen. Einige Betriebe zögern bei der Einstellung neuer Auszubildender. Die pandemiebedingte Krise darf aber weder für die berufliche Zukunft junger Menschen noch für den Fachkräftebedarf zu einer Krise führen. Die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen und diese fehlen in vielen Bereichen schon heute. Genau diese Fachkräfte werden die Unternehmen bei einer wirtschaftlichen Erholung dringend benötigen.

Derzeit sind viele Unternehmen weiterhin damit beschäftigt, ihre Existenz zu sichern und reagieren bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen verhalten. Die Unsicherheit und Zurückhaltung vieler Betriebe lässt sich an der rückläufigen Zahl der von ihnen gemeldeten Ausbildungsstellen ersehen. Seit Beginn des Ausbildungsjahres im Oktober 2019 haben die rheinland-pfälzischen Betriebe bis Ende September 2020 der Bundesagentur für Arbeit 25.838 Ausbildungsstellen gemeldet. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 7,7 % (-2.149 Stellen). Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Jugendlichen, die sich bei der Agentur für Arbeit oder eines der Jobcenter gemeldet haben, gesunken. Mit 24.099 gemeldeten Jugendlichen gab es gegenüber dem Vorjahreswert ein Minus von 4,1 % bzw. -1.025 Jugendlichen. Auch die Zahl der Vertragsabschlüsse bei den Kammern lagen Ende Oktober 2020 mit einem Minus von 10 % bei der IHK und einem Minus von 6,71 % bei der HwK deutlich niedriger als im Vorjahr. Die Zahlen in Bezug auf gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerber differieren nach Branchen teilweise sehr stark.

Gleichzeitig sind bei den Kammern noch zahlreiche Stellenangebote offen, so dass sich Ausbildungsinteressierte auch zum jetzigen Zeitpunkt durchaus noch um einen



Ausbildungsplatz bewerben können, denn ein Ausbildungsbeginn ist ganzjährig möglich. Es besteht Sorge, dass etliche Stellen bei den Betrieben nicht besetzt und Interessierte nicht erfolgreich vermittelt werden können und sich dies dauerhaft auf den Ausbildungsmarkt auswirkt.

Der Bund hat mit seinem Programm *Ausbildungsplätze sichern!* Unterstützungsmaßnahmen ergriffen, die allerdings nur einen Teil der Betriebe erreichen. So profitieren gerade Handwerksbetriebe in nur sehr geringem Maße von den Ausbildungsprämien. Auch die Insolvenzprämie wirkt nur mäßig stabilisierend auf den Ausbildungsmarkt. Der Landesausschuss sieht deshalb weiteren Handlungsbedarf auf Landesebene und richtet folgende Empfehlung an die Landesregierung:

Handlungsfeld Berufsorientierung/ Praktika

Berufsorientierungsmaßnahmen, Ausbildungsbörsen sowie Betriebspraktika waren und sind für Jugendliche und Ausbildungsbetriebe wichtige Instrumente beim Übergang von der Schule ins Arbeitsleben beziehungsweise der Rekrutierung von Auszubildenden. All dies war aufgrund der pandemiebedingten Schul- und Unternehmensschließungen vor den Sommerferien und ist weiterhin nur eingeschränkt möglich. Nach wie vor gibt es allerdings im Bereich der Berufsorientierung Handlungsbedarf: So fällt es vielen Schüler*innen und Schulen schwer, aktuell einen Praktikumsplatz zu finden.

Der Landesausschuss für Berufsbildung empfiehlt der Landesregierung folgende Maßnahmen:

- Einen Appell der Landesregierung oder des Ovalen Tisches an die Betriebe zu richten, wieder verstärkt Praktika anzubieten und zu bewerben, sobald die betriebliche Situation dies zulässt. Schulpraktika sollten von Seiten der Schule (sowohl der allgemeinbildenden als auch der vollzeitschulischen Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen) ganzjährig ermöglicht und gezielt vorangetrieben werden.
- Parallel dazu sollten Formate entwickelt und bestehende Angebote verstärkt genutzt werden, um die fehlende praktische Berufsorientierung zu kompensieren.
- Initiiert vom Ovalen Tisch haben sich einige Akteure verstärkt der digitalen Berufsorientierung angenommen, und eine Vielzahl guter innovativer Maßnahmen ist in kürzester Zeit entstanden. Diese sollten fortgeführt und weiter ausgebaut werden, aber auch Präsenz-Angebote unter Berücksichtigung der Infektionslage umgesetzt werden.

Unterstützungen für das laufende Ausbildungsjahr

Das Land muss die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt weiterhin engmaschig verfolgen und ergänzende Maßnahmen vorbereiten, um gegebenenfalls Betriebe dabei zu unterstützen, Ausbildungsplätze anzubieten und die Zahl der Auszubildenden zu stabilisieren. Hierbei gilt es, flexible und passgenaue Maßnahmen je nach Branchen- bzw. regionalem Bedarf zu entwickeln.

Der Landesausschuss für Berufsbildung empfiehlt der Landesregierung folgende Maßnahmen:

- Stärkere Bewerbung des Instruments der Verbundausbildung: Hier könnte die sich noch in Planung befindliche Förderung der Verbund- / Auftragsausbildung durch die Bundesregierung einen Teil der Unternehmen unterstützen. Zudem sollte auch ein pandemieunabhängiges Förderprogramm des Landes geprüft werden.
- Instrumente wie Assistierte Ausbildung und Einstiegsqualifizierung müssen verstärkt beworben werden, um die Einmündung von Jugendlichen in Ausbildung zu unterstützen.
- Das Land sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die eigenen Ausbildungskapazitäten erhöhen.

Ausbildungsjahr 2021/2022

Aufgrund der Dynamik der aktuellen Situation ist die Lage für das nächste Jahr noch nicht absehbar. Zu befürchten ist eine erhöhte Zahl von Unternehmensinsolvenzen sowie eine weiterhin angespannte wirtschaftliche Situation in einigen Branchen. Weiterhin bleibt die Frage der Berufsorientierung wichtig, da mit erhöhtem Infektionsgeschehen auch die betrieblichen Schulpraktika vermutlich nicht im benötigten Maße stattfinden können, und so einer der Hauptwege in Ausbildung nur eingeschränkt genutzt werden kann. Auch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden teilweise im nächsten Jahr noch wirken und lassen befürchten, dass weniger Ausbildungsplätze angeboten werden. Hier gilt es, frühzeitig alternative Angebote für das Ausbildungsjahr 2021/ 2022 zu entwickeln, damit alle interessierten jungen Menschen eine Ausbildung beginnen können.

Der Landesausschuss für Berufsbildung empfiehlt der Landesregierung folgende Maßnahmen:

- Fortführung der landeseigenen Förderung von Betrieben, die Auszubildende aus Insolvenzbetrieben übernehmen.
- Praktische Berufsorientierungsalternativen zu schulischen Betriebspraktika verstärkt zu nutzen, so dass alle jungen Menschen sich ein realitätsnahes Bild ihres Wunschberufes machen können bzw. einen Berufswunsch entwickeln können.
- Ausbildungs- und Praktikumsangebote in der öffentlichen Verwaltung und in Landesbetrieben auszubauen.